

Bergarbeiterproteste im Kuzbass: das Jahr des Schienenkrieges in Fallstudien

Bizyukov, Petr; Donova, Inna; Burnyshev, Konstantin; Vinokurova, Olga

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bizyukov, P., Donova, I., Burnyshev, K., & Vinokurova, O. (1999). *Bergarbeiterproteste im Kuzbass: das Jahr des Schienenkrieges in Fallstudien*. (Berichte / BIOst, 36-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44210>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Über das ISITO	5
Kurzfassung.....	7
Einleitung	9
Die Kohleindustrie des Kuzbass in den 90er Jahren.....	10
Entwicklung der Bergarbeiterproteste im Kuzbass 1989-1999	12
Arbeitskonflikte im Kuzbass im Jahre 1998 – Quellenlage.....	15
Bergarbeiterproteste im Kuzbass im Jahre 1998 – Presseschau	17
Fallstudie I: Protestaktionen des "Schienenkrieges" im Mai 1998	20
Organisationsgrad und Steuerbarkeit der Proteste	21
Verhandlungen mit dem Staat	24
Schlußfolgerungen	26
Fallstudie II: Ein lokaler Bergarbeiterprotest im September 1998	27
Resümee	29
Summary	31

31. August 1999

Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Filiale Kemerovo des ISITO.

Der vorliegende Bericht entstand im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Arbeitsvorhabens "Wirtschafts- und Regionaleliten in Rußland".

Die ausführlichere Originalfassung des Berichts in russischer Sprache ist auf der Internet-Seite des BIOst (http://www.biost.de/Projekt_VW-WER/werfors.htm) veröffentlicht worden.

Übersetzung: Lina Pleines

Redaktion: Heiko Pleines

Über das ISITO

Das ISITO (Institut zur vergleichenden Analyse von Arbeitsbeziehungen, russisch: Institut sravnitel'nych issledovanij trudovykh otnošenij) wurde 1994 als Zusammenschluß unabhängiger Forschungsgruppen gegründet. Zu den ursprünglichen Filialen in Moskau, Kemerovo, Samara und Syktyvkar kamen später noch weitere in Perm und St. Petersburg hinzu. Das ISITO arbeitet eng zusammen mit Forschungsinstituten und -gruppen in Großbritannien, Deutschland, Finnland, Kanada und den USA. Eine langjährige Kooperation verbindet das Institut mit dem Center for Comparative Labour Studies an der Universität Warwick, England.

Forschungsschwerpunkte des ISITO sind Arbeitsbeziehungen in der post-sowjetischen Wirtschaft, Probleme von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Arbeitskonflikte und Gewerkschaftsaktivitäten. Dabei werden Methoden der qualitativen Sozialforschung verwendet (Fallstudien, Beobachtung, verschiedene Interviewtechniken). In den letzten Jahren haben sich Mitarbeiter des ISITO an folgenden Forschungsprojekten beteiligt: "Restrukturierungsprozesse in Industrieunternehmen im post-sowjetischen Rußland", "Die Entwicklung des neuen privaten Sektors in der russischen Wirtschaft", "Beschäftigungsformen und Überlebensstrategien von Familien unter neuen wirtschaftlichen Bedingungen".

Die Filiale Kemerovo des ISITO beschäftigt sich zusätzlich intensiv mit der Entwicklung der Kohleindustrie im Kuzbass. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Arbeitskonflikten und der sozialen Problematik des Restrukturierungsprogramms. Hierzu werden regelmäßig umfangreiche Erhebungen und Analysen durchgeführt.

Petr Bizyukov/Inna Donova/Konstantin Burnyshev/Olga Vinokurova

Bergarbeiterproteste im Kuzbass

Das Jahr des Schienenkrieges in Fallstudien

Bericht des BIOst Nr. 36/1999

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht befaßt sich mit den Bergarbeiterprotesten im Kuzbass, dem Kohlenrevier des Gebiets Kemerovo. Die politische Rolle der Bergarbeiter ist zwiespältig. Erst kämpften sie für die Abschaffung des sowjetischen Verwaltungssystems und erfüllten so die Rolle eines "demokratischen Vortrupps" für Reformpolitiker um Boris Jelzin. Einige Jahre später protestierten sie dann gegen den Präsidenten und liberale Reformen und unterstützten statt dessen kommunistische Politiker. Hier soll nun der Versuch unternommen werden, die Bergarbeiterproteste auf ihr Ausmaß, ihre Formen und ihre politische Bedeutung hin zu untersuchen. Mit Hilfe von Methoden der qualitativen Sozialforschung sollen die wesentlichen Züge der Problematik erfaßt werden.

Ergebnisse

1. Die Krise der Kohleindustrie hatte negative Folgen nicht nur für die Bergarbeiter, sondern auch für die gesamte Bevölkerung des Kuzbass (Gebiet Kemerovo), das durch eine sehr ausgeprägte Monostruktur gekennzeichnet ist. Nachdem Aman Tuleev Mitte 1997 Gouverneur des Gebiets Kemerovo wurde, hat der Wiederaufbau der Kohleindustrie oberste Priorität gewonnen. Von Anfang an sprach sich Tuleev für ein Ende der Zechenschließungen und für staatliche Kontrolle über den Kohlehandel aus. Erreichen wollte er dies durch eine Zentralisierung der Kohleindustrie auf regionaler Ebene. Erfolg hatte er damit aber erst nach den Bergarbeiterprotesten vom Mai 1998. Diese haben dem Gouverneur die Möglichkeit gegeben, sowohl der zentralen Regierung als auch den lokalen Betriebsdirektoren Kompetenzen zu nehmen.
2. Die Ergebnisse der verschiedenen Streikaktionen der letzten zehn Jahre zeigen, daß die Proteste der Bergarbeiter nie zu einem vollen Erfolg geführt haben. Nach dem Abschluß von Vereinbarungen und dem Unterschreiben von Protokollen folgten langandauernde Rechtsstreite über die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen. Entscheidend ist, daß der Konflikt nach kurzer Zeit erneut eskalierte und dabei immer extremere Formen annahm.
3. Eine neue Protestform der Bergarbeiter war der "Schienenkrieg", die Blockade von wichtigen Eisenbahnstrecken – im Kuzbass der Transsibirischen Eisenbahn – und ähnliche Aktionen, wie z.B. die Sperrung von Autobahnen, die Besetzung von

Verwaltungsgebäuden und Geiselnahmen von Verantwortlichen aus Betriebsleitung und Politik. Diese Aktionen waren anfangs lokal begrenzt, verbreiteten sich aber sehr schnell. Zu einer landesweiten Ausdehnung derartiger Proteste kam es zunächst im Mai und später im Juli/August 1998.

4. Die Fallstudien zeigen, daß die Leiter dieser Protestaktionen im wesentlichen "Sprachrohr" der Mehrheit der Arbeiter waren. Es fiel ihnen deshalb sehr schwer, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Unter diesen Umständen ließen sich nur sehr einfache und radikale Forderungen aufstellen, die sachliche Diskussionen und die Suche nach Kompromissen erschwerten. Gleichzeitig waren die Forderungen der Arbeiter auch dadurch gekennzeichnet, daß sie sich nicht nur auf Probleme ihres Unternehmens bzw. ihrer Branche bezogen, sondern zusätzlich auch eine Reihe grundsätzlicher politischer Veränderungen, vorrangig den Rücktritt des Präsidenten, verlangten. Damit wurden die Forderungen der Protestierenden so umfangreich, daß sie nicht mehr erfüllbar waren. Die Mehrheit der Arbeiter war aber nicht in der Lage, zwischen diesen Forderungen nach Prioritäten und pragmatischen Erwägungen zu differenzieren, sondern erwartete die Erfüllung aller Punkte. Ihre – auch teilweise – Nichterfüllung führte zu Enttäuschung und anschließend zu noch radikaleren Forderungen.
5. Wenn es auch Unterschiede in der Professionalität der Verhandlungsführer gab, so war die Effizienz der Verhandlungen doch überall gleich niedrig. Verhandlungen und Vereinbarungen mit staatlichen Behörden oder Politikern waren in den Augen der Arbeiter als Mittel zur Konfliktlösung vollständig diskreditiert. Zahlreiche Beispiele hatten gezeigt, daß eine Umsetzung der Vereinbarungen durch den Staat nicht zu erwarten war, daß der Staat nicht die Probleme der Kohleindustrie lösen, sondern bloß die Proteste beenden wollte.
6. Deutlich zeigen die Fallstudien auch die geringe Autorität der Gewerkschaften. Sie hatten keine Chance, die Leitung der Protestaktionen zu übernehmen und die Entwicklung des "Schienenkrieges" aktiv zu beeinflussen. Statt dessen wurde ihre Rolle im wesentlichen auf die eines Sprachrohrs der Streikenden reduziert. Nur in wenigen Fällen konnten die Gewerkschaften auf lokaler Ebene eine aktivere Rolle übernehmen.
7. Der "Schienenkrieg" ist das logische Resultat des Fehlens von Mechanismen zur Lösung von Arbeitskonflikten, die beiden Seiten (Arbeitern und Arbeitgebern) tatsächliche Verantwortung übertragen. Wie die Blockadeaktionen gezeigt haben, darf sich diese Verantwortung nicht nur auf Verhandlungsführung und Vertragstreue zwischen den Tarifpartnern beschränken, sondern muß auch die Rücksichtnahme auf Interessen nicht beteiligter Gruppen erfassen.
8. Auch die deutliche Beruhigung der Lage im Jahre 1999 ist kein Zeichen der Entwarnung. Die "Arbeiterkriege" im Kuzbass sind nicht beendet worden, weil ein Mechanismus zu ihrer Lösung geschaffen wurde, sondern weil der Anlaß für ihren Ausbruch beseitigt worden ist. Dies aber bedeutet, daß eine neue Ausweitung spontaner Protestaktionen beginnt, sobald sich ein anderer Anlaß findet, wie zum Beispiel niedrige Arbeitslöhne.

Einleitung

Der vorliegende Bericht befaßt sich mit den Bergarbeiterprotesten im Kuzbass, dem Kohlenrevier des Gebiets Kemerovo. Die politische Rolle der Bergarbeiter wird in der öffentlichen Meinung zwiespältig bewertet. Einerseits besitzen sie seit den großen Streiks in der Gorbatschow-Ära den Ruhm von Reformkräften, die Präsident Boris Jelzin an die Macht verhalfen. Andererseits gelten sie als destruktive Kräfte, die mit Protest- und Blockadeaktionen zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen die Entwicklung des gesamten Landes gefährden. Diese Zwiespältigkeit zeigt sich auch in den Aktionen der Bergarbeiter selber. Erst kämpften sie für die Abschaffung des sowjetischen Verwaltungssystems und erfüllten so die Rolle eines "demokratischen Vortrupps" für Reformpolitiker um Jelzin. Einige Jahre später protestierten sie dann gegen den Präsidenten und liberale Reformen und unterstützten statt dessen kommunistische Politiker.

Im vorliegenden Bericht wird der Versuch unternommen, die Bergarbeiterproteste auf ihre Ausmaße, ihre Formen und ihre politische Bedeutung hin zu untersuchen. Der begrenzte Umfang des Berichts erlaubt es dabei leider nicht, alle Aspekte aufzugreifen. Mit Hilfe von Methoden der qualitativen Sozialforschung sollen aber einige wesentliche Züge der Problematik erfaßt werden. Bei der Untersuchung von Arbeitskonflikten sind methodisch vor allem Interviews mit verschiedenen Beteiligten, die Beobachtung der Ereignisse und ergänzend die Sammlung von Informationsmaterial von Bedeutung. Die folgende Analyse ermöglicht dann nicht nur eine Rekonstruktion der Ereignisse, sondern auch die Eruiierung der Handlungsmotive und -anreize der Beteiligten.

Genau auf diese Weise sind in den vorliegenden Fallstudien Bergarbeiterproteste des Jahres 1998 im Kuzbass analysiert worden. Das zentrale Ereignis war dabei die Blockade der Transsibirischen Eisenbahn im Rahmen des sogenannten "Schienenkrieges". Dem Jahr 1998 kommt eine besondere Bedeutung zu, da es einen Wendepunkt sowohl in der politischen als auch in der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets Kemerovo darstellt. Die offensichtlichen Erfolge bei der Stabilisierung der Lage werden begleitet von einer extremen Zentralisierung sowjetischen Typs.

Um die Fallstudien in ihren Kontext einzuordnen, werden im folgenden zuerst die Entwicklung der Kohleindustrie der Region und die Geschichte der Bergarbeiterbewegung seit der Gorbatschow-Ära zusammenfassend dargestellt. Anschließend werden die relevanten Ereignisse des Jahres 1998 im Überblick präsentiert. Auf dieser Grundlage können dann die Ergebnisse der Fallstudien vorgestellt werden. Die ersten drei Fallstudien beschäftigen sich vergleichend mit der Organisation von Protestaktionen im Rahmen des "Schienenkrieges" im Mai 1998. In einer weiteren Fallstudie wird die Entwicklung eines lokalen Konfliktes im September 1998, also einige Monate nach dem Ende des "Schienenkrieges", untersucht.

Die Kohleindustrie des Kuzbass in den 90er Jahren

Der Kuzbass, der das Gebiet Kemerovo umfaßt, ist das größte Steinkohlenrevier Rußlands. Hier liegen 60% aller Steinkohlevorkommen des Landes. Die jährliche Kohleförderung von über 90 Mio. t entspricht etwa 40% der gesamten russischen Produktion.¹ Der Kuzbass war eines der Zentren der sowjetischen Schwerindustrie. Viele Schachtanlagen entstanden in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts. Fast die Hälfte der hier produzierten Steinkohle kann im Tagebau gewonnen werden. Die Entwicklung der Kohleindustrie in den 90er Jahren ist vor allem von zwei Faktoren geprägt worden: Der Schwächung der zentralen Kontrolle und der Restrukturierung im Rahmen des Programms der Weltbank.

Die Lockerung der administrativen Kontrolle begann 1990 und war ursprünglich mit Forderungen nach einer Reform der sowjetischen Kommandowirtschaft verbunden, die während der Streiks 1989-91 artikuliert wurden. Für die Kohleindustrie hatte die Aufhebung der administrativen Kontrolle von außen besonders schwerwiegende Folgen. Die Kohleindustrie zählte traditionell zu den stark zentralisierten Industriebranchen. Hier existierte sogar ein spezielles "Statut für Disziplin", das allen Beschäftigten der Branche sehr große Forderungen und Verantwortung auferlegte. Die Aufhebung der strengen Regeln und das Fehlen wirtschaftlicher Aufsicht führten zu einer Situation, in der die Tätigkeit der Direktoren der Kohlebetriebe nicht mehr kontrolliert wurde, was zu vielen Fällen von Mißbrauch führte. Zum Beispiel wurden Einnahmen aus Kohleverkäufen über Strohfirmer auf die persönlichen Konten der Unternehmensleiter überwiesen. Besonders unlauter waren Exportgeschäfte. Die Kohle wurde zu Dumpingpreisen verkauft, aber nicht um Marktanteile zu erwerben, sondern um sofortige Gewinne in ausländischer Währung zu erzielen. Im Ergebnis wurden Kohleindustrie und Kohlehandel stark kriminalisiert, und die Zahl der Kohleverkäufer stieg drastisch an. Viele Experten bezeichneten die Situation als chaotisch.

Zusätzlich haben Betriebsdirektoren staatliche Mittel, die für die Subventionierung der Kohleindustrie bestimmt waren, zu ihrem eigenen Vorteil verwendet. Oft wurde mit den Geldern auf dem Devisenmarkt spekuliert und die Gewinne wurden einbehalten. In vielen Fällen wurden aber auch die gesamten Subventionen zweckentfremdet. Dabei wurden Vorwände gefunden, wie zum Beispiel der Besuch einer Industriemesse in Las Vegas, die es der Betriebsleitung gestatteten, Gelder zur Bezahlung von Arbeitslöhnen in die eigenen Taschen zu lenken.²

Das Restrukturierungsprogramm der Weltbank³ hat die Situation verschärft. Das Programm wurde zuerst als unrealistisch, dann als unannehmbar, und letztendlich als eine Quelle für problemlose und umfangreiche Kredite angesehen. Das Verlangen, die angebotenen Gelder zu erhalten, wurde größer als der Wunsch, die Kohleindustrie effektiv zu reformieren. Im Endeffekt führte die Restrukturierung zu unkontrollierten Zechenschließung, zu

¹ Goskomstat Rossii: Rossijskij Statističeskij Ežegodnik, Moskau 1998, S. 402 f.

² Zur Kriminalisierung der Kohleindustrie im Kuzbass auch: Sergej Petuchov: Černyj ajsberg, in: Ėkspert 16.11.1998, S. 52-53.

³ World Bank: Russian Federation. Restructuring the coal industry. Putting people first, Washington 1994.

Massenentlassungen und zum Rückgang der Kohleproduktion. Der wichtigste Mangel des Weltbankprogramms war die falsche Einschätzung der sozialen Folgen. Viele Kritiker hatten gewarnt, daß die von der Weltbank erwartete Entlassung von 450.000 Beschäftigten innerhalb weniger Jahre zu ernststen sozialen Komplikationen führen werde. Damals gab es in Rußland weder Organisationen noch Erfahrungen für die Lösung sozialer Probleme im Falle von Massenentlassungen. Als Ergebnis wurden die im Weltbankprogramm dafür vorgesehenen Mittel entweder unterschlagen oder nicht effektiv verwendet. In der Praxis hat sich die Restrukturierung in eine wirtschaftliche Katastrophe verwandelt, die den Menschen ihren Arbeitsplatz nahm, zum Rückgang des Lebensstandards führte und sogar das soziale Leben ganzer Bergarbeiterstädte desorganisierte.

Die Krise der Kohleindustrie hatte nicht nur für die Bergarbeiter negative Folgen, sondern auch für die gesamte Bevölkerung des Kuzbass, der durch eine sehr ausgeprägte Monostruktur gekennzeichnet ist. Die Gehälter von Lehrern, Ärzten und städtischen Angestellten sind direkt von den Zahlungen der Bergarbeiter in die städtischen Haushalte abhängig.⁴

Nachdem Aman Tuleev Mitte 1997 Gouverneur des Gebiets Kemerovo wurde, hat der Wiederaufbau der Kohleindustrie oberste Priorität gewonnen. Von Anfang an sprach sich Tuleev für ein Ende der Zechenschließungen und für staatliche Kontrolle über den Kohlehandel aus. Erreichen wollte er dies durch eine Zentralisierung der Kohleindustrie auf regionaler Ebene. Bis zum "Schienenkrieg" vom Mai 1998 hatte er damit keinen Erfolg. Anschließend jedoch wurden die Zechenschließungen tatsächlich gestoppt. Der "Schienenkrieg" hat dem Gouverneur die Möglichkeit gegeben, sowohl der zentralen Kohlepolitik als auch den lokalen Betriebsdirektoren Kompetenzen zu nehmen. Entscheidendes Druckmittel gegen die Betriebsdirektoren wurde die Drohung mit strafrechtlicher Verfolgung vor allem der betrügerischen Zwischenhändler. Zusätzlich wurden mit Hilfe von Konkursverfahren, Kohleunternehmen der regionalen Verwaltung unterstellt.

Ergebnis dieser Politik war, erstens, die – zumindest vorübergehende – Stabilisierung der sozialen Lage in der Branche und zweitens ein Anstieg der Kohleproduktion. Dieser Erfolg gab der Regionalverwaltung einen Grund, sich um die Übergabe der Kontrolle der staatlichen Kohleunternehmen von der russischen Zentralregierung zu bemühen. Die tatsächliche Übergabe im Januar 1999 zementierte endgültig die entscheidende Rolle des Gouverneurs und seiner Regionalverwaltung in der Kohleindustrie des Kuzbass.⁵

⁴ Zu den sozialen Folgen der Kohlekrise: Fond "Reformugol": Krutoj plast. Šachterskaja žizn na fone restrukturizacii otrasli i obščerossijskich peremen, Moskau 1999; Ayse Kudat, Vadim Borisov, Bulent Ozbilgin: Restructuring Russia's coal sector, in: Michael M. Cernea, Ayse Kudat (Hg.): Social assessments for better development, Washington 1997, S. 63-108.

⁵ Eine umfassendere Darstellung der Strategie Tuleevs bietet: Petr Bizyukov: Auf dem Weg zum "weißrussischen Modell". Der Oblast' Kemerovo unter Gouverneur Aman Tuleev, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 26/1999.

Entwicklung der Bergarbeiterproteste im Kuzbass 1989-1999

Ausgangspunkt der post-sowjetischen Bergarbeiterbewegung ist der bekannte Bergarbeiterstreik von 1989. Am Streik im Juli 1989, der neben den großen russischen Kohlenrevieren auch den ukrainischen Donbass und Karaganda in Kasachstan mit einbezog, nahmen etwa 400.000 Bergarbeiter teil. Der Streik begann im Ševjakov Schacht in Meždurečensk, von wo aus er sich aufgrund von Solidaritätsaktionen auf alle Kohlebetriebe der Stadt und innerhalb von zwei Tagen auf den gesamten Kuzbass ausweitete. Der Streik war von ausgeprägter Spontaneität gekennzeichnet. Die Arbeiter wurden durch Arbeiterkomitees vertreten, die innerhalb weniger Tage organisiert wurden.

Vorrangiger Ansprechpartner der Bergarbeiter war die zentrale Regierung in Moskau. Die Kohleverwaltung und die Regionalverwaltung wurden nicht zum Dialog eingeladen. Die gewählten Protestformen, Arbeitsniederlegungen in den Kohlebetrieben in Verbindung mit 24stündigen Demonstrationen auf zentralen Plätzen waren für die damalige Zeit äußerst radikal. Sie hatten einen sehr plakativen Charakter, der durch die massenhafte Beteiligung noch verstärkt wurde. Der Bergarbeiterstreik 1989 wurde dadurch in vielen Orten als eine gesamtbürgerliche Aktion beendet, die zu erheblichen Veränderungen der sozialen und politischen Situation sowohl in den Kohleregionen als auch im ganzen Land führte.

Durch den Streik von 1989, durch die Autorität ihrer Führer, durch ihre Union mit den politischen Vertretern der demokratischen Opposition und durch ihre Geschlossenheit wurden die Bergarbeiter für einige Zeit zu den führenden Repräsentanten der russischen Arbeiterbewegung. Beim Streik im Frühjahr 1991 wurde jedoch bereits nicht mehr die gesellschaftliche Resonanz von 1989 erreicht. Der Streik endete mit der Übergabe der Zuständigkeit für die Kohleindustrie von der sowjetischen an die russische Regierung und einer folgenden Lohnerhöhung ausschließlich für die russischen Bergleute. Seitdem hat die Bergarbeiterbewegung in weiten Teilen der Bevölkerung ihre moralische Autorität verloren und Kundgebungen der Bergleute erlangten nicht mehr solchen Massencharakter wie zuvor.⁶

Zusätzlich wurde die Bergarbeiterbewegung geschwächt durch die starke Konkurrenz zwischen der alten sowjetischen Gewerkschaft und der neuen Unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter (NPG). An der Spitze der Streiks standen in der Regel die Führer der NPG. Aber unter ihrer Führung streikten gleichzeitig Mitglieder beider Gewerkschaften. Versuche der NPG, massenhafte Arbeitsniederlegungen zu erreichen, blieben jedoch ohne Erfolg. Lokale Protestaktionen hingegen wurden zunehmend von den Betriebsleitungen instrumentalisiert, um höhere Subventionszahlungen von der Zentralregierung zu erpressen.⁷

Die Streiks von 1994 bis 1997 bilden einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der Bergarbeiterbewegung. Erstens verloren die Bergarbeiter jetzt ihr "Streikmonopol". Arbeiter

⁶ Die Bergarbeiterstreiks der Gorbačev-Periode sind in der wissenschaftlichen Literatur bereits ausführlich behandelt worden. Siehe z.B.: Simon Clarke/Peter Fairbrother/Vadim Borisov: *The workers' movement in Russia*, Aldershot 1995, S.17-208.

⁷ Dazu ausführlich: P. Bizjukov: *Upravlenčiskie ošibki kak ugroza gosudarstvennoj bezopasnosti*, in: *Éko*, 9/1997, S. 131-139.

im Maschinenbau und im Energiesektor, Beschäftigte im Bildungs- und Gesundheitswesen begannen ebenfalls zu streiken. Dadurch, daß die Gewerkschaften an der Spitze der Protestaktionen standen, waren sie gut organisiert.

Zweitens änderte sich die Form der Arbeitskonflikte. Streikaktionen wurden durch Proteste ersetzt, die Verzweiflung und Leidenschaft demonstrierten. Genau dies ist der Sinn der Hungerstreiks und der Streiks unter Tage, die damals zu einem Alltagsphänomen wurden. Jede dieser Aktionen wurde eine schwerwiegende Belastung für ihre Teilnehmer, die zu starkem Streß und erheblichen gesundheitlichen Folgen führte. Die Verzweiflung nahm dabei extreme Formen an. Die Erfolglosigkeit der traditionellen Protestformen führte so zu einer Eskalation der Arbeitskonflikte. Eine Form löste die andere ab und wurde solange benutzt, bis sich alle an sie gewöhnt hatten. Dann wurde eine neue, noch radikalere Protestform entwickelt. So haben die Bergarbeiter zuerst über Tage protestiert, dann unter Tage. Zuerst dauerten ihre Proteste einige Tage, dann immer länger, manchmal einige Wochen. Anschließend begannen die Bergleute Hungerstreiks. 1995 und 1996 wurden in Bergarbeiterstädten einige Fälle von demonstrativem Selbstmord registriert.⁸ Da die Protestierenden selbst die Leidtragenden ihrer Aktionen sind, können solche Proteste als "Autoterrorismus" bezeichnet werden.

Wiederum eine neue Form der Protestaktivität der Bergarbeiter war der "Schienenkrieg", die Blockade von wichtigen Eisenbahnstrecken, im Kuzbass der Transsibirischen Eisenbahn, und ähnliche Aktionen, wie z.B. die Sperrung von Autobahnen, die Besetzung von Verwaltungsgebäuden und Geiselnahmen von Verantwortlichen aus Betriebsleitung und Politik. Diese Aktionen waren anfangs lokal begrenzt, verbreiteten sich aber sehr schnell. Allerdings erreichten sie nie ein branchenübergreifendes Ausmaß. Bisher wurde Gewalt in einer milderen Form eingesetzt, nämlich in Form von Blockaden und Besetzungen. Aber die logische Fortschreibung der Entwicklung macht es möglich zu unterstellen, daß es zu Gewalt in einer radikaleren Form kommen kann. Der wichtigste Grund für den Übergang vom "Autoterrorismus" zum "Arbeiterterrorismus" ist die Gleichgültigkeit der Verwaltung und der politischen Führung gegenüber den Aktionen des "Autoterrorismus".

Eine Besonderheit des "Schienenkrieges" ist die Organisationsform des Protests. Auf den ersten Blick erscheint das Organisationsniveau nicht hoch, um nicht zu sagen primitiv.⁹ Dieser Eindruck wird auch durch den geringen Einfluß der Gewerkschaften auf die Proteste bestätigt. Aber in Wirklichkeit war der geringe Organisationsgrad auch ein Verteidigungsmittel gegen Drohungen seitens der staatlichen Organe. Wenn es kein verantwortliches Organisationskomitee gab, konnte auch niemand für die Organisation ungesetzlicher Aktionen zur Verantwortung gezogen werden. Auch der freiwillige Rückzug der Gewerkschaften aus den Protestaktionen des "Schienenkrieges" ist teilweise auf derartige Schutzreaktionen zurückzuführen.

⁸ Studien zum Aufkommen und zur Entwicklung von radikalen Protestformen im Kuzbass bieten: V.A. Borisov/V.A. Bizjukova/K.V. Burnyšev: Konflikt na ugledobyvajuščem predprijatii, in: Sociologičeskie issledovanija 3/1995, S. 57-68 und V. Borisov/K. Burnyšev: Kuzbass. dym pered bol'sim ognem, in: Ėko, 9/1997, S. 115-129.

⁹ Siehe dazu die folgenden Fallstudien.

Während der vergangenen zehn Jahre haben sich die Konflikte in der russischen Kohleindustrie kontinuierlich in eine bestimmte Richtung entwickelt. Der Impuls zum Bergarbeiterstreik von 1989 führte zum Ausbruch offener Arbeitskonflikte in praktisch allen Branchen der russischen Industrie. Die Ergebnisse waren jedoch bescheiden. Die Bergarbeiter konnten nicht einmal sich selbst, geschweige denn die Arbeiterschaft insgesamt verteidigen. Die verschiedenen Streikaktionen der letzten zehn Jahre zeigen, daß die Proteste der Bergarbeiter nie zu einem vollen Erfolg geführt haben. Nach dem Abschluß von Vereinbarungen und dem Unterschreiben von Protokollen folgten lang andauernde Rechtsstreite über die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen. Aber es geht nicht darum, daß Regierung und Verwaltung zur Beendigung des Konflikts unerfüllbare Versprechungen gemacht haben. Entscheidend ist, daß der Konflikt nach kurzer Zeit erneut eskalierte und dabei immer extremere Formen annahm, da nur noch radikale Proteste öffentliche Aufmerksamkeit erzielten. Genau diese Zielrichtung ist das entscheidende Merkmal der Entwicklung der Arbeitskonflikte in der russischen Kohleindustrie.

Die letzten Jahre zeigen auch, daß in der russischen Gesellschaft kein befriedigendes System zur Lösung von Arbeitskonflikten geschaffen worden ist. Es ist nicht gelungen, die Austragung von Arbeitskonflikten in gesetzlich geregelte Bahnen zu lenken. Genau wie 1989 die Streiks der Bergarbeiter gegen gültiges Recht verstießen, so haben auch 1998 die Teilnehmer des "Schienenkrieges" bestehende Gesetze ignoriert. Dies, obwohl in den letzten zehn Jahren umfangreiche rechtliche Normen entwickelt worden sind, um Arbeitskonflikte zu regulieren. Einige sind aber unter den gegebenen Umständen kaum zu erfüllen, wie z.B. das lange und komplizierte Verfahren zur Ausrufung eines legalen Streiks. Andere sind durch demonstrative Nichtbeachtung von seiten der Beteiligten diskreditiert worden, wie z.B. die Verbindlichkeit von Kollektivverträgen oder das Recht auf pünktliche Lohnauszahlung. Außerdem sind im Endeffekt immer Wege gefunden worden, die bestehenden rechtlichen Vorschriften zu umgehen. Dadurch wird es möglich, Verantwortung zu vermeiden. Die fatale Tendenz zur Eskalation der Arbeitskonflikte wird aber nicht gestoppt.

Auch der deutliche Rückgang des Protestniveaus im Jahre 1999 ist dementsprechend kein Zeichen der Entwarnung. Die "Arbeiterkriege" im Kuzbass sind nicht beendet worden, weil ein Mechanismus zu ihrer Lösung geschaffen wurde, sondern weil der Anlaß für ihren Ausbruch beseitigt worden ist. Dies aber bedeutet, daß eine neue Ausweitung spontaner Protestaktionen beginnt, sobald sich ein anderer Anlaß findet, wie z.B. niedrige Arbeitslöhne.

Die schwache Rolle des Rechtssystems bei der Regulierung von Arbeitskonflikten liegt vor allem darin begründet, daß das existierende Rechtssystem Konflikte zwar vorübergehend entschärfen kann, nicht aber die Grundlage für eine dauerhafte Lösung schafft. In den wenigen Fällen, in denen Streiks im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften organisiert wurden, wurden sie von den Teilnehmern als völlig ergebnislos eingeschätzt. Es entsteht der Eindruck, daß die Ergebnisse legaler Streiks schlechter sind, als die von wilden Streiks mit Blockaden gewesen wären. Neben der Zahl der Teilnehmer und ihrem politischen Gewicht ist ja gerade die Radikalität der Protestaktionen ein entscheidender Einflußfaktor für den Erfolg.

Die Erfahrungen der Teilnehmer an spontanen Protestaktionen, mittlerweile nicht nur bei den Bergleuten, sondern auch in anderen Branchen, kann auf unterschiedliche Weise verwendet werden. Einerseits wissen die Teilnehmer selbst genau, daß ihre Aktionen sehr zerstörerisch sind und würden gerne zu erfolgsversprechenden legalen Protestformen übergehen. Andererseits sind die illegalen Protestaktionen ein sehr effektives Mittel zur Druckausübung durch Destabilisierung der gesellschaftlichen Lage und werden solange benutzt werden, wie kein normales System zur Regelung von Arbeitskonflikten existiert.

Diese Tatsache hat sich bisher am deutlichsten in den Protestaktionen des Jahres 1998 gezeigt, die im folgenden näher untersucht werden sollen. Nach einem allgemeinen Überblick, basierend auf statistischen Daten und einer Presseschau, werden ausgewählte Aktionen des Jahres 1998 im Rahmen von Fallstudien analysiert.

Arbeitskonflikte im Kuzbass im Jahre 1998 – Quellenlage

Es gibt zwei Quellen für statistisches Material zur Analyse von Arbeitskonflikten im Gebiet Kemerovo:

- Die Überblicksdaten des Gebietskomitees für Statistik. Sie werden den Unternehmensberichten entnommen¹⁰ und beinhalten u.a. monatliche Angaben zu verllorener Arbeitszeit in Folge von Arbeitskonflikten. Das entsprechende Formular wird nur ausgefüllt, falls tatsächlich ein Arbeitskonflikt stattgefunden hat. Der Druck auf die Unternehmen der Kohleindustrie, korrekte Angaben pünktlich zu liefern, ist aber sehr gering.
- Die Statistik des Westsibirischen Überregionalen Territorialdienstes des russischen Arbeitsministeriums zur Regulierung kollektiver Arbeitskonflikte.¹¹ Der Dienst ist für zehn Regionen zuständig und soll Informationen über Arbeitskonflikte sammeln und Hilfe bei ihrer Lösung leisten. Seine Möglichkeiten sind jedoch aufgrund von Personal- und Geldmangel eng begrenzt. Das Hauptproblem der Arbeit im Gebiet Kemerovo liegt darin, daß der Dienst keine formellen Kontakte zur Regionalverwaltung besitzt. Informationen sammelt der Dienst deshalb nicht nur auf offiziellem Wege, sondern auch über informelle Kontakte. Häufig erfahren die Mitarbeiter aber erst aus der Zeitung von Streikaktionen. Allein im Falle von großangelegten, legalen Protestaktionen wird der Dienst entsprechend der Vorschriften umfassend informiert.

Aufgrund der Unzuverlässigkeit der Informationssammlung sind die statistischen Daten zur Entwicklung von Arbeitskonflikten im Kuzbass nur begrenzt aussagefähig. Einen Überblick über die Angaben für das Jahr 1998 bietet Tabelle 1. Zu beachten ist, daß die Blockadeaktionen im Rahmen des "Schienenkrieges" überhaupt nicht erfaßt sind. Dies ist nach Angaben des Westsibirischen Überregionalen Territorialdienstes darauf zurückzuführen, daß die Regionalverwaltung des Gebiets Kemerovo in einer geheimen Anweisung den regionalen Behörden die Sammlung und Weitergabe von Informationen über Protestaktionen verboten hat. Insgesamt erfaßt die Statistik vorrangig die massenhaften Protestaktionen vom 15. Januar, 9.

¹⁰ Formular 1-PR des Unternehmensberichts.

¹¹ Im Original: Zapadno-Sibirskaja mežregional'naja territorial'naja služba Ministerstva Truda RF po uregulirovaniju kollektivnych trudovych sporov.

April und 7. Oktober sowie die großangelegten Streiks zur Zeit des "Schienenkrieges" im Mai. Der Aussagewert der Statistik ist damit begrenzt. Es zeigt sich aber eindeutig die besondere Rolle der Kohleindustrie. Bergleute stellten 82% der Teilnehmer an den erfaßten Arbeitskonflikten im Kuzbass.

Tabelle 1: Arbeitskonflikte im Gebiet Kemerovo 1998

	Arbeitskonflikte	Teilnehmer
<i>1. Quartal</i>		
Industrie insgesamt	90	186.236
Davon Kohleindustrie	82	155.176
<i>2. Quartal</i>		
Industrie insgesamt	93	182.570
Davon Kohleindustrie	80	140.270
<i>3. Quartal</i>		
Industrie insgesamt	16	11.526
Davon Kohleindustrie	13	9.426
<i>4. Quartal</i>		
Industrie insgesamt	2	998
Davon Kohleindustrie	2	998
<i>1998 insgesamt</i>		
Industrie insgesamt	198	375.071
Davon Kohleindustrie	177	305.867

Quelle: Westsibirischer Überregionaler Territorialdienst des russischen Arbeitsministeriums.

Bergarbeiterproteste im Kuzbass im Jahre 1998 – Presseschau

Die ausführlichste Informationsquelle zu Arbeitskonflikten im Kuzbass ist die regionale Zeitungsberichterstattung. Sie bietet regelmäßig, aktuell und allgemein zugänglich Informationen an. Aufgrund des wenig entwickelten Korrespondentennetzes beruht die Zeitungsberichterstattung jedoch oft auf offiziellen Angaben und ist somit einseitig und inhaltlich stark normiert. Hinzu kommt, daß die verantwortlichen Journalisten keine Experten sind, was weitere Schwächen in der inhaltlichen Darstellung zur Folge hat. Die Zeitungsberichterstattung ist deshalb oft lückenhaft und teilweise widersprüchlich.

Die Filiale Kemerovo des ISITO wertet zur Analyse der Kohleindustrie des Kuzbass u.a. kontinuierlich die Berichterstattung der drei großen regionalen Zeitungen des Kuzbass, "Kuzneckij kraj", "Kuzbass" und "Naša gazeta", aus. Im Jahre 1998 gab es in diesen Publikationen insgesamt 150 Artikel, die sich schwerpunktmäßig mit Arbeitskonflikten in der Kohleindustrie des Kuzbass befaßten. Dabei lassen sich vier thematische Schwerpunkte unterscheiden:

- Von den Gewerkschaften organisierte legale Massenproteste am 15.1., 9.4. und 7.10.1998 (15 Zeitungsartikel);
- Aktionen des "Schienenkrieges" und ihre Folgen im Mai-Juli 1998 (75 Artikel);
- Wilde Streiks von nur lokaler Bedeutung (49 Artikel);

- Lokale Protestaktionen anderer Beteiligter an Arbeitskonflikten im Bereich der Kohleindustrie, vor allem nicht im Bergbau beschäftigter Arbeiter der Kohleindustrie und ehemaliger Bergleute. (11 Artikel).

Im folgenden wird ein weitgehend chronologischer Überblick über die Berichterstattung zum "Schienenkrieg" und zu lokalen Streiks und Protestaktionen gegeben.¹²

Vor Beginn des "Schienenkrieges" im Mai 1998 gab es eine Reihe lokaler Protestaktionen von Bergarbeitern, die in der regionalen Presse ausführlich geschildert wurden. Beispielfähig soll hier ein Fall vorgestellt werden, der sich im Januar in der Stadt Anžero-Sudžensk, im Norden des Kuzbass, ereignete. Am 12. Januar begann hier auf dem Betrieb "Sudženskaja" ein Hungerstreik, an dem sich 73 Arbeiter beteiligten. Als vier Mitglieder der Betriebsleitung, darunter der Direktor, zu Verhandlungen erschienen, wurden sie als Geiseln genommen. Erst nachdem der Direktor eine von ihm geforderte Erklärung unterzeichnet hatte, wurden die Geiseln nach zwölf Stunden entlassen. Der Gouverneur des Kuzbass, Aman Tuleev, informierte den russischen Generalstaatsanwalt von dem Vorfall und bat um die Aufnahme von Ermittlungen. Der Hungerstreik ging jedoch weiter. Am 21. Januar besuchte dann der stellvertretende russische Energieminister die Streikenden. Gemeinsam mit Vertretern der Regionalverwaltung versprach er, die Lohnschulden bis zum 29. Januar zu begleichen. Am 28. Januar wurde der Hungerstreik dann beendet.

Neben dem Staat wurden aber auch vermehrt private Kohleabnehmer zum Ziel von Protestaktionen der Bergarbeiter. Die schlechte Zahlungsmoral von Kraftwerken und Metallurgiebetrieben wurde häufig als Ursache für die Anhäufung von Lohnschulden im Bergbau genannt. Die Bergarbeiter versuchten, durch Streiks einen Lieferstopp an säumige Schuldner zu erzwingen, um diese zur Zahlung zu veranlassen.

Der Schwerpunkt der Zeitungsberichterstattung zu Arbeitskonflikten in der Kohleindustrie lag 1998 aber eindeutig auf dem "Schienenkrieg". Mit Hilfe dieser Berichte wird im folgenden eine Chronologie des "Schienenkrieges" erstellt. Der "Schienenkrieg" begann am 15. Mai 1998, als Bergarbeiter in Anžero-Sudžensk, im Norden des Kuzbass, aus Protest gegen ausstehende Lohnzahlungen die Transsibirische Eisenbahn blockierten. Am späten Abend des selben Tages traf sich Gouverneur Tuleev mit Vertretern der Bergarbeiter, der Betriebsleitungen und der örtlichen Behörden. Er versprach, persönlich Maßnahmen zur Lösung des Konflikts einzuleiten. Dasselbe versprach am 18. Mai in einem Telegramm an Tuleev auch der stellvertretende Ministerpräsident Rußlands, Boris Nemcov.

Bereits am 16. Mai hatte sich der Protest jedoch ausgeweitet. Bergarbeiter in Prokop'evsk, im Süden des Kuzbass, hatten beschlossen, einen Nebenarm der Transsibirischen Eisenbahn zu blockieren, der den Südkuzbass mit der Hauptstrecke verbindet. Auf einer Versammlung am 19. Mai beschlossen sie, nicht nur ein "Warnsignal" zu geben, sondern gleich "bis zum Ende" zu kämpfen. Die Versammlung einigte sich auf vier Punkte:

¹² Die vollständige Auswertung der gesamten Zeitungsberichterstattung findet sich in der umfangreicheren russischen Originalfassung des vorliegenden Berichts, die auf der Internet-Seite des BIOst veröffentlicht worden ist (http://www.biost.de/Projekt_VW-WER/werfors.htm).

1. Forderung nach dem Rücktritt des russischen Präsidenten,
2. Unterstützung für die Protestaktionen der Bergarbeiter in Anžero-Sudžensk, sowie im Kohlenrevier der Republik Komi.¹³
3. Forderung nach Beendigung der Zechenschließungen und
4. Forderung nach Begleichung der offenen Lohnschulden bis zum 1. Juli. Die Eisenbahnstrecke wurde von einigen hundert Bergarbeitern gesperrt.

Am 20. Mai erklärte Gouverneur Tuleev auf einer Pressekonferenz, daß sich bereits 13.000 Personen an den Protestaktionen beteiligen würden. Die Verluste durch Arbeitsniederlegungen und vor allem durch die Blockade von Verkehrswegen würden sich auf 1,5 Millionen Rubel (damals etwa 250.000 Dollar) pro Tag belaufen. Am selben Tag wurde ein Koordinationsrat der Gewerkschaften des Kuzbass eingerichtet, der Solidaritätsaktionen organisieren sollte.

Am 21. Mai nahm der Regionalstab für die Notstandssituation unter Leitung von Tuleev seine Arbeit auf. Anschließend wurde mitgeteilt, daß die Kohlebetriebe Maßnahmen zur Auszahlung der Lohnschulden und zur Verbesserung des Sozialschutzes ergreifen würden. Im Dorf Teren'evskij sperrten protestierende Bergarbeiter trotzdem die letzte noch offene Nebenstrecke der Transsibirischen Eisenbahn. An einem regionsweiten Protesttreffen in Prokop'evsk nahmen am 22. Mai etwa 5.000 Menschen teil.

Am 23. Mai baten Metallurgiefabriken örtliche Kohleunternehmen um Freigabe der Schienenstrecken, da sie ohne Kohlelieferungen den Betrieb einstellen müßten. Die Mehrheit der Kohlebetriebe hatte die Förderung zwar nicht eingestellt, die Blockaden machten aber eine Auslieferung unmöglich. Auch die Kohlevorräte der örtlichen Heizwerke gingen zur Neige. In der Nacht zum 23. Mai überredete Tuleev die Bergarbeiter in Prokop'evsk, die Schienenstrecke freizugeben. Entscheidendes Argument Tuleevs war die Begleichung von Lohnschulden in Höhe von über 72 Millionen Rubel (damals etwa 12 Millionen US-Dollar). Die Bergarbeiter setzten eine Frist bis zum 1. Juli, innerhalb derer die Versprechungen erfüllt werden sollten. Am 24. Mai wurde auch die Blockade der Hauptstrecke der Transsibirischen Eisenbahn durch Bergarbeiter in Anžero-Sudžensk beendet.

Anfang Juni erschienen in den regionalen Zeitungen Artikel, welche Kohleunternehmen wieviel Geld aus der Vereinbarung bekommen haben. Erst am 2. Juni nahmen die Bergarbeiter in Anžero-Sudžensk ihre Arbeit wieder auf, nachdem alle Prämien und die Löhne bis Januar (!) ausbezahlt worden waren. Am 27. Juni stand dann in der Zeitung "Kusbass", daß der Koordinierungsstab der Städte des Kusbass festgestellt habe, daß die Vereinbarung von staatlicher Seite nicht in vollem Ausmaß und nicht innerhalb der angegebenen Friste erfüllt worden sei. Es wurde beschlossen, die Proteste am 1. Juli wieder aufzunehmen.

¹³ Die Protestaktionen des Schienenkrieges erfaßten alle drei großen russischen Kohlereviere. Neben dem Kuzbass sind dies das Pečorskij-Becken bei Vorkuta im Norden der Republik Komi und der russische Donbass im Gebiet Rostov.

Die Massenmedien berichteten über den nun beginnenden zweiten Abschnitt des "Schienenkrieges" ausschließlich negativ. Sie machten kaum Angaben zum Protestverlauf selbst, sondern berichteten statt dessen über entstandene wirtschaftliche Schäden und Verluste in Folge der Blockadeaktionen. Außerdem wurde über die politische Bedeutung der Ereignisse spekuliert. Ungeachtet der Tatsache, daß sich jetzt Arbeiter verschiedener Branchen an den Protesten beteiligten, wurden alle Vorwürfe allein an die Adresse der Bergarbeiter gerichtet.

Als neue Teilnehmer an den Blockadeaktionen wurden nur Bergleute aus Osinnikij, im Süden des Kuzbass, erwähnt. Sie blockierten am 8. Juli die Anbindungsstrecke an die Transsibirische Eisenbahn. Nach einer kurzen Pause wurde die Strecke ab dem 20. Juli erneut gesperrt. Gouverneur Aman Tuleev bezeichnete dies als die größte Verletzung der Ende Mai erreichten Vereinbarung zwischen Gebietsverwaltung und Gewerkschaften. Die Hauptstrecke der Transsibirischen Eisenbahn hingegen wurde am 19. Juli von den streikenden Bergarbeitern in Anžero-Sudžensk freigegeben. Der örtliche Bahnhof blieb jedoch weiter besetzt.

Nach dem Ende aller Blockadeaktionen im August haben die regionalen Zeitungen nur selten von Protestaktionen der Bergarbeiter berichtet. Aufgrund der relativen Ruhe erhielt ein Konflikt in Prokop'evsk, der im Oktober eskalierte, starke Beachtung. Der Schacht "Kalinin" sollte geschlossen werden, hatte aber die staatlichen Subventionen zur sozial verträglichen Abwicklung der Schließung nicht erhalten, weshalb auch ausstehende Löhne nicht ausbezahlt wurden. Am 6. Oktober nahmen die Bergarbeiter den Direktor des Mutterunternehmens "Prokop'evskugol" und den Konkursverwalter als Geisel, bis das russische Energieministerium per Telegramm die Überweisung von 7,4 Millionen Rubel (damals etwa 500.000 US-Dollar) binnen 48 Stunden versprach. Als die versprochenen Gelder zur Abwicklung des Betriebes am 12. Oktober immer noch nicht eingetroffen waren, nahmen die Arbeiter ihre Proteste wieder auf und bereiteten die Blockade der Schienenstrecke vor. Der Betriebsdirektor erklärte – wohl um einer Geiselnahme zuvorzukommen –, daß er in seinem Büro bleiben würde, bis die staatlichen Gelder eingetroffen seien. Vertreter der Gewerkschaft beteiligten sich an diesem "Sitzstreik". Die Gelder trafen letzten Endes ein und wurden an die Bergarbeiter ausgezahlt.

Fallstudie I: Protestaktionen des "Schienenkrieges" im Mai 1998

Die im folgenden vorgestellten Fallstudien basieren auf Informationen, die von Mitarbeitern der Filiale Kemerovo des ISITO während der geschilderten Ereignisse vor Ort gesammelt wurden. Wesentliche Informationsquellen waren Einzel- und Gruppeninterviews, Beobachtungen sowie relevante Dokumente. Berücksichtigt wurden alle wesentlichen Akteursgruppen: Kommunalverwaltung, Gewerkschaftsführungen, Organisatoren und Teilnehmer der Protestaktionen. Zum "Schienenkrieg" werden in diesem Abschnitt drei Fallstudien aus dem Kuzbass präsentiert, die die Ereignisse in Anžero-Sudžensk, Prokop'evsk und Jurga vom 21. bis 23. Mai 1998 nachzeichnen.

Ziel dieser Fallstudien war es, die wesentlichen Merkmale der Protestaktionen zu erfassen, um eine vergleichende Analyse vornehmen zu können. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei auf den Organisationsgrad und damit die Steuerbarkeit der Proteste durch ihre Organisatoren gerichtet. Gleichzeitig sollten die Forderungen und Positionen der jeweiligen Akteursgruppen geklärt werden und ihre Gesprächsbereitschaft evaluiert werden. Zusätzlich wurde analysiert, wie Informationen von außen von den jeweiligen Beteiligten eingeschätzt wurden und wie sie den Verlauf der Ereignisse beeinflussen.

Organisationsgrad und Steuerbarkeit der Proteste

Die Frage der Organisation der Protestaktionen hat grundlegende Bedeutung. In Abhängigkeit davon, wie die Proteste organisiert wurden, wie sich Kontakte gestalteten, wurden auch Verhandlungen geführt. In den drei Städten, die Gegenstand der präsentierten Fallstudien sind, besaßen die Protestierenden einen unterschiedlich hohen Organisationsgrad, von dem auch die Radikalität ihrer Proteste stark abhing.

Sowohl in Anžero-Sudžensk als auch in Prokop'evsk wurden die Führer der Protestbewegung auf spontanen Versammlungen bestimmt, ohne daß ihre Vollmachten eindeutig festgelegt worden waren. Außerdem gab es keine verbindlichen Dokumente, die die Protestführer als Interessenvertreter in Verhandlungen mit staatlichen Organen als Repräsentanten der gesamten Arbeiterschaft legitimierten. Besonders deutlich trat dieses Problem in Anžero-Sudžensk zutage. Das "Organisationskomitee der Aktion" – so die gewählte Bezeichnung – bestand aus Arbeiteraktivisten, die während der Protestaktionen der vorangegangenen Jahre unter der Belegschaft Ansehen erworben hatten. In den Augen der Beschäftigten besaßen sie eine größere Autorität als die Gewerkschaftsführer. Sie waren aber auch viel stärker von der direkten Zustimmung der Arbeiter abhängig, so daß Verhandlungen erschwert wurden, da die Arbeitervertreter sich immer rückversichern mußten. Obwohl die Gewerkschaftsführer sich in Prokop'evsk am "Koordinationskomitee" – so die hier gewählte Bezeichnung – beteiligten, unterschied sich die Situation aber nur wenig von der in Anžero-Sudžensk. Ein stadtweites Arbeitertreffen sprach sich dafür aus, die Blockade der Schienenstrecken ohne die zögerlichen Gewerkschaften zu beginnen. Im letzten Moment ließ sich dann die Gewerkschaft der Bergarbeiter überreden, die Aktion zu leiten. Die Gewerkschaftsführer blieben aber von der Gesamtheit der Arbeiter stark abhängig, da sie immer mit dem Verlust ihrer Repräsentationsfunktion rechnen mußten.

Sowohl in Anžero-Sudžensk als auch in Prokop'evsk waren die Leiter der Protestaktionen im wesentlichen "Sprachrohr" der Arbeitermehrheit. Es fiel ihnen deshalb sehr schwer, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Unter diesen Umständen ließen sich nur sehr einfache und radikale Forderungen aufstellen, die sachliche Diskussionen und die Suche nach Kompromissen erschwerten. In Jurga hingegen war die Situation anders. Hier besaß die Gewerkschaft der örtlichen Maschinenfabrik sowohl einen hohen Organisationsgrad als auch die Akzeptanz der Arbeiter. Die Interessenvertreter der Arbeiter und damit auch die Leiter der Protestaktionen waren also bereits vor Beginn des Schienenkrieges organisiert.

Um ein differenzierteres Bild der Entscheidungsprozesse auf seiten der Arbeiter zu bekommen, ist es erforderlich, nach einzelnen Gruppen zu unterscheiden. Nur in Prokop'evsk waren die Teilnehmer an den Protestaktionen fast ausschließlich Bergarbeiter. In Anžero-Sudžensk hingegen kamen große Teile der Protestierenden, wahrscheinlich über die Hälfte, aus anderen Branchen. In Jurga, wo es keine Kohleindustrie und damit auch keine Bergarbeiter gibt, übernahmen die Arbeiter der örtlichen Maschinenfabrik die führende Rolle bei den Protestaktionen, die in den anderen Orten von den Bergarbeitern wahrgenommen wurde. Erwähnenswert ist noch die Rolle der Angestellten der Kommunalverwaltungen und ihrer Gewerkschaften. Die Protestführer dieser Berufsgruppe besaßen keine Erfahrung bezüglich Organisation und Verhandlungsstrategie und verließen sich deshalb auf die Hilfe erfahrenerer Gruppen unter den staatlichen Angestellten, namentlich der Ärzte und Lehrer.

Neben der Einteilung nach Berufsgruppen muß auch nach ständigen und zeitweisen Teilnehmern der Protestaktionen unterschieden werden. Die zeitweisen Teilnehmer kamen in der Regel von Unternehmen, die zwar die Proteste unterstützten, aber die Arbeit nicht niedergelegt hatten. Eine große Zahl dieser Teilnehmer unterstützte die Blockaden von Schienenstrecken deshalb nur außerhalb ihrer Arbeitszeit. Während dies in Jurga und Prokop'evsk von den Betriebsleitungen toleriert wurde, gab es in Anžero-Sudžensk Klagen über Drohungen und Druckausübung gegen Belegschaften, die die Proteste unterstützten. Sowohl in Jurga als auch in Prokop'evsk gab es nur wenige ständige Teilnehmer an den Blockadeaktionen. In Anžero-Sudžensk hingegen war ihre Zahl erheblich größer. Die ständigen Teilnehmer an der Blockade der Transsibirischen Eisenbahn kamen dabei sowohl aus dem Bergbau als auch aus anderen Branchen.

Insgesamt entsteht der Eindruck, daß mit der Zahl der an den Protestaktionen teilnehmenden Unternehmen der Anteil der ständigen Teilnehmer stieg, Forderungen radikaler wurden und die Kompromißbereitschaft abnahm.

Grundsätzlich liefen die Entscheidungsprozesse innerhalb der protestierenden Arbeiterschaft auf der Ebene kleiner Gruppen innerhalb der Unternehmen ab. Die Informationsbasis für diese Entscheidungsprozesse war extrem eingeschränkt. Während "neutrale" Informationen kaum zur Verfügung standen, kursierten vielfältige Gerüchte über Unterschlagungen und Ungerechtigkeiten bei der Verteilung und Verwendung von Geldern. Dementsprechend war die Stimmung angeheizt und anstatt nach Kompromissen zu suchen, wurde die eigene Position verteidigt. Der Einfluß einsichtiger Arbeitervvertreter darf allerdings nicht vollständig ignoriert werden. Gespür für die Situation und gesunder Pragmatismus erlaubte es ihnen mehrfach, erfolgversprechende und ausgewogene Entscheidungen zu erreichen.

Je geringer der Organisationsgrad der Arbeiter war, je einfacher waren ihre Forderungen. Die einfachste Art, Forderungen aufzustellen, war, die Forderungen anderer zu übernehmen. Dies machte eine inhaltliche Auseinandersetzung weitgehend überflüssig und überließ die Suche nach Auswegen aus dem Konflikt anderen. Diese Variante wurde vor allem von Unternehmen in Anžero-Sudžensk gewählt. In diesem Fall konnten die Teilnehmer an den Protestaktionen häufig nicht eine einzige ihrer Forderungen konkret benennen. Sie verwiesen statt dessen auf das zuständige Organisationskomitee. In anderen Fällen arbeiteten die Mitglieder von Organi-

sationskomitees ihre Forderungen gleich ohne Hinzuziehung der Mehrheit der Belegschaften aus. In solchen Fällen waren die Forderungen entweder sehr allgemein und unverbindlich, oder sie gaben nur die Position der Organisatoren wider.

Trotzdem entwickelten die Arbeiter für ihre verschiedenen potentiellen Verhandlungspartner häufig eigene Forderungskataloge. Sie verlangten von Unternehmensleitung, Regionalverwaltung und Zentralregierung unterschiedliche Maßnahmen in Abhängigkeit davon, wie sie die Möglichkeiten und Kompetenzen der jeweiligen Akteure einschätzten. Eine Änderung dieser Einschätzungen führte dann auch im Verlaufe von Verhandlungen zu sich ändernden Forderungen. Gleichzeitig waren die Forderungen der Arbeiter auch dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht nur Bezug nahmen auf die Probleme ihres Unternehmens bzw. ihrer Branche, sondern zusätzlich auch eine Reihe grundsätzlicher politischer Veränderungen, vorrangig den Rücktritt des Präsidenten, verlangten. Damit wurden die Forderungen der Protestierenden so umfangreich, daß sie nicht mehr erfüllbar waren. Die Mehrheit der Arbeiter war aber nicht in der Lage, zwischen diesen Forderungen nach Prioritäten und pragmatischen Erwägungen zu differenzieren, sondern erwartete die Erfüllung aller Punkte. Ihre – auch teilweise – Nichterfüllung führte zu Enttäuschung und anschließend zu noch radikaleren Forderungen, die dann wiederum nicht erfüllt werden konnten.

Eine Möglichkeit, diesen Teufelskreis aufzubrechen, wäre der Kontakt mit Außenstehenden, der zu einer realistischeren Einschätzung der Situation hätte führen können. Die Kontakte der Protestierenden mit der Außenwelt waren zwar in ihrer Art vielfältig, in ihrem Ausmaß aber insgesamt sehr begrenzt. Von Bedeutung waren Gespräche mit der Stadtverwaltung, Begegnungen mit der Polizei und Journalisten sowie Kontakte mit Protestierenden in anderen Regionen.

Die Beziehung der protestierenden Arbeiter zur Stadtverwaltung gestaltete sich nicht nach einem einheitlichen Muster. In Anžero-Sudžensk war die Beziehung gespannt und Gespräche fanden selten und äußerst unregelmäßig statt. Dies lag daran, daß beide Seiten unwillig waren, den ersten Schritt zu tun und keine Informationen über ihre Absichten und ihre zukünftigen Pläne geben wollten. In Jurga hingegen arbeitete der Bürgermeister eng mit dem Organisationskomitee der Arbeiter zusammen, um die Proteste in geregelte Bahnen zu lenken. Dabei unterstützte er indirekt auch die Blockierer der Transsibirischen Eisenbahn, indem er sie u.a. mit Trinkwasser versorgen ließ.

Das Verhältnis der protestierenden Arbeiter zur Polizei war insgesamt entspannt. Die Teilnehmer der Protestaktionen waren überzeugt, daß sie nicht behelligt werden würden. In Anžero-Sudžensk machte allerdings der provokative Aufmarsch von OMON-Truppen¹⁴ aus dem Süden des Kuzbass großen Eindruck. Abgesehen von diesem einen Fall waren die Ordnungshüter bei den Protestaktionen im Mai aber neutral bis verständnisvoll. In Anžero-Sudžensk benutzten Arbeiter und örtliche Polizisten z.B. dieselben Zelte, um sich vor Regen und Kälte zu schützen.

¹⁴ OMON (Otrjad milicii special'nogo naznačenija) – Spezialeinheit der Polizei, die unter anderem zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus eingesetzt wird.

Den Medien gegenüber waren die Arbeiter in der Regel auskunftsfreudig, wenn auch einige von ihnen sich zurückzogen, aus Angst später in der Berichterstattung erwähnt zu werden. Da die Aktionen des "Schienenkrieges" demonstrativen Charakter hatten, war Medienpräsenz von großer Bedeutung, um Druck auf Politiker ausüben zu können.

Die Beziehung zu Außenstehenden änderte sich jedoch im Verlauf des "Schienenkrieges". Den Wendepunkt markiert der Fernsehauftritt des russischen Generalstaatsanwalts am 22. Mai, zwei Tage vor dem Ende der ersten Phase des "Schienenkrieges". Der Generalstaatsanwalt kündigte an, daß die Teilnehmer von Blockadeaktionen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen würden. Wer sich den Protestierenden näherte, wurde jetzt aufgefordert, sich zu identifizieren und Kommentare sollten nur noch von den Organisatoren der Aktionen kommen. Auch die Beziehung zur Polizei wurde dadurch angespannter. In Jurga versuchten Polizisten mit Hilfe einer Videokamera, Aufnahmen von der Blockade zu machen, um später Teilnehmer identifizieren zu können.

Die Kontakte der protestierenden Arbeiter aus verschiedenen Regionen untereinander waren sehr begrenzt. Es gab nur kurze Treffen von Delegationen aus verschiedenen Orten des Kuzbass. Dabei entstand der Eindruck, daß das gegenseitige Vertrauen nicht sehr groß war. Bezeichnend ist der Bericht eines Teilnehmers, der mehrfach bemerkte: "so war es, als ich dort war", obwohl er erst vor wenigen Stunden abgereist war. Mangelnde Informationen über die Ereignisse in anderen Regionen einerseits und das Fehlen etablierter Kontakte andererseits machten eine effektive regionale Koordination der Protestaktionen des "Schienenkrieges" unmöglich.

Verhandlungen mit dem Staat

Verschiedene Teilnehmer der Protestaktionen, vor allem in Jurga und Prokop'evsk besaßen bereits Erfahrungen mit Verhandlungen. Vor allem in den Unternehmen in Anžero-Sudžensk, in denen die Arbeiter nicht mit den Gewerkschaften zusammenarbeiteten, fehlten hingegen jegliche Vorstellungen darüber, wie derartige Verhandlungen aussehen könnten. Dadurch wurden die Arbeiter abhängig von außenstehenden Beratern, und ihre Protestaktionen konnten leichter von Politikern instrumentalisiert werden.

Wenn es auch Unterschiede in der Professionalität der Verhandlungsführer gab, so war die Effizienz der Verhandlungen doch überall gleich niedrig. Unabhängig von vorherigen Erfahrungen mit illegalen Schienenblockaden, wie im Fall von Anžero-Sudžensk, oder mit legalen Streikaktionen, wie in Jurga, wurden im Mai 1998 nirgends die gewünschten Verhandlungsergebnisse erzielt. Verhandlungen und Vereinbarungen mit staatlichen Behörden oder Politikern waren in den Augen der Arbeiter als Mittel zur Konfliktlösung vollständig diskreditiert. Zahlreiche Beispiele hatten gezeigt, daß eine Umsetzung der Vereinbarungen durch den Staat nicht zu erwarten war, daß der Staat nicht die Probleme der Kohleindustrie lösen, sondern bloß die Proteste beenden wollte. Zum Beispiel war nach der Blockade der Transsibirischen Eisenbahn im April 1997 eine Vereinbarung über die teilweise Begleichung von Lohnschulden geschlossen worden, die von der Regierung bereits im Mai nicht vollständig eingehalten und anschließend ganz ignoriert wurde, indem Lohnzahlungen

wieder ganz eingestellt wurden. Kennzeichnendes Merkmal der Verhandlungen zur Beendigung des "Schienenkrieges" ist deshalb das hohe Maß an Mißtrauen zwischen den Verhandlungspartnern. Die Arbeiter erwarteten von staatlicher Seite erst eine Erfüllung ihrer Forderungen, bevor sie ernsthafte Gespräche überhaupt aufnehmen wollten.

Angst und Mißtrauen gegenüber staatlichen Organen prägte alle Aktivitäten sowohl der einfachen Protestteilnehmer als auch ihrer Führer. Auf das Angebot von Gouverneur Tuleev, an einem gemeinsamen Gremium der betroffenen Bürgermeister, Betriebsdirektoren und Arbeiterführer teilzunehmen, reagierten die Leiter des Organisationskomitees in Anžero-Sudžensk mit Ablehnung. Als Begründung wurde angegeben: "Wenn wir da hingehen, werden wir an die Wand gedrückt." Diese Einstellung erhielt die volle Unterstützung der Arbeiter. Statt dessen einigte man sich darauf, alternativ ein Koordinationsorgan zu gründen, das allein die Interessen der Arbeiter repräsentieren sollte.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Gesprächsbereitschaft der Arbeiter niedrig war. Die Arbeiter waren nicht nur schlecht auf Verhandlungen vorbereitet, sie besaßen auch keinen Glauben an ihre Effizienz.¹⁵ Ein besonderes Problem war das Fehlen eines Abstimmungsprozesses zwischen den Forderungen der Arbeiter einzelner Unternehmen und Branchen. Die alleinige Konzentration auf die Bergarbeiter führte dazu, daß sich Vertreter anderer Berufsgruppen übergangen oder sogar verraten fühlten. Die größte Schwierigkeit aber war die Tatsache, daß die Arbeiter ihre Forderungen erst im Laufe des "Schienenkrieges" entwickelten. Die Arbeiter konzentrierten sich so darauf, möglichst viel zu fordern und entsprechende Zugeständnisse zu erpressen, anstatt sich um eine realistische Lösung zu bemühen und vor allem Kontrollmechanismen zu ihrer Umsetzung zu entwickeln.

Da die Passivität und Machtlosigkeit der Betriebsdirektoren schon sprichwörtlich geworden war, richteten sich die Proteste der Arbeiter vorrangig an Vertreter des Staates. Dabei muß zwischen lokaler, regionaler und zentraler Ebene unterschieden werden. Die Rolle der lokalen Behörden während des "Schienenkrieges" differierte, wie bereits dargestellt, sehr stark – von Koordination in Jurga bis zu Ablehnung in Anžero-Sudžensk. Den Arbeitern war aber in allen Fällen bewußt, daß die lokalen Behörden nur begrenzte Einflußmöglichkeiten haben. Während Unterstützung gerne entgegengenommen wurde, wurden die lokalen Behörden doch nicht als ernsthafte Verhandlungspartner wahrgenommen und dementsprechend nur begrenzt informiert.

Auch die Regionalverwaltung wurde vor allem wegen ihres Geldmangels oft nicht als ernsthafter Verhandlungspartner akzeptiert. Hinzu kam, daß die Versuche der Regionalverwaltung, Einfluß auf die Großunternehmen des Kuzbass zu gewinnen, von vielen Arbeitern mit Skepsis betrachtet wurden, da sie als wenig hilfreich eingeschätzt wurden. Gouverneur Tuleev besaß jedoch unter den Arbeitern größeres Vertrauen. Ihm wurde oft unterstellt, daß er zwar gute Absichten besitze, sich alleine aber nicht durchsetzen könne. Seine Verhandlungsversuche und Notstandsmaßnahmen wurden als Zeichen guten Willens gewertet. Negativ gesehen wurde jedoch sein Versuch, mit der etablierten

¹⁵ Einzige Ausnahme waren die Arbeiter in Jurga, unter denen sich allerdings keine Bergarbeiter befanden.

Gewerkschaftsführung und nicht mit den von den Arbeitern gewählten Vertretern zu sprechen.

Während Tuleev also zumindest eine ambivalente Bewertung erreichte, wurde die zentrale Regierung in Moskau extrem negativ gesehen. Sie wurde für alle Probleme verantwortlich gemacht und ihr wurde vorgeworfen, keine Rücksicht auf die Probleme der Leute in der Provinz zu nehmen. Hauptziel der Proteste war dabei Präsident Jelzin, dem neben Gleichgültigkeit auch Unfähigkeit wegen gesundheitlicher Probleme unterstellt wurde. Obwohl gerade die Zentralregierung als wichtigster Verhandlungspartner gesehen wurde, war das Vertrauen nicht größer und die demonstrierte Ablehnung sogar noch extremer.

Schlußfolgerungen

Die spontane Organisation, die extremen Protestformen und die radikalen Forderungen des "Schienenkrieges" sind Ergebnis der Erfolglosigkeit vorangegangener Bemühungen der Arbeiter. Nur durch die Provokation einer Notstandssituation, die mit erheblichen wirtschaftlichen Verlusten verbunden war, gelang es den Arbeitern, die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Forderungen zu lenken. In allen untersuchten Orten des Kuzbass besitzt der "Schienenkrieg" eine lange Vorgeschichte aus verschiedenen legalen sowie illegalen Versuchen, Arbeitskonflikte zu lösen. Die Betrachtung der Gesamtheit der Aktionen in den 90er Jahren macht ihre Perspektivlosigkeit deutlich. Das Fehlen einer grundsätzlichen Lösung oder einer sichtbaren Verbesserung der Lage führt zu weitverbreiteter Skepsis und Forderungen nach radikalen Veränderungen.

Deutlich zeigen die Fallstudien auch die geringe Autorität der Gewerkschaften. Sie hatten keine Chance, die Leitung der Protestaktionen zu übernehmen und die Entwicklung des "Schienenkrieges" aktiv zu beeinflussen. Statt dessen wurde ihre Rolle im wesentlichen auf die eines Sprachrohrs der Streikenden reduziert. Nur in wenigen Fällen, wie dem der Maschinenfabrik in Jurga, konnten die Gewerkschaften auf lokaler Ebene eine aktivere Rolle übernehmen.

Insgesamt ist der "Schienenkrieg" nur eine weitere Episode in der langandauernde Krise der Arbeitsbeziehungen im Kuzbass. Je länger die Krise andauert, je mehr Branchen werden einbezogen und je radikaler werden die gewählten Protestformen. Die zunehmende Radikalität der Protestformen ist eine unvermeidbare Entwicklung. Alle weniger radikalen Protestmöglichkeiten sind bereits erfolglos ausprobiert worden und sie erhalten mittlerweile von keiner Seite mehr Beachtung. Der "Schienenkrieg" markiert dabei den Übergang von Protestformen des "Autoterrorismus", bei dem vor allem die Protestierenden selber leiden, zu Maßnahmen, bei denen vor allem unbeteiligten Gruppen Schaden zugefügt wird.

Der "Schienenkrieg" ist das logische Resultat des Fehlens von Mechanismen zur Lösung von Arbeitskonflikten, die beiden Seiten (Arbeitern und Arbeitgebern) Verantwortung übertragen. Wie die Blockadeaktionen gezeigt haben, darf sich diese Verantwortung nicht nur auf Verhandlungsführung und Vertragstreue zwischen den Tarifpartnern beschränken, sondern muß auch die Rücksichtnahme auf Interessen nicht beteiligter Gruppen erfassen.

Fallstudie II: Ein lokaler Bergarbeiterprotest im September 1998

Als Beispiel für einen lokalen Arbeitskonflikt in der Kohleindustrie des Kuzbass ist hier der Schacht "Novokuzneckaja" in der Stadt Novokuzneck, im Süden des Kuzbass, ausgewählt worden. Der Schacht produziert etwa 6.000 Tonnen Kohle pro Tag, die vor allem von Heiz- und Elektrizitätswerken der Region abgenommen werden. Die Produktionstechnik des Kohlebetriebes ist veraltet und ein erheblicher Teil der Arbeitszeit wird für Reparatur- und Wartungsarbeiten aufgewandt. Die Zahl der Beschäftigten liegt seit zwei Jahren bei etwa 1.500. Fast die gesamte Belegschaft gehört der Gewerkschaft der Arbeiter der Kohleindustrie an.

Die Konfliktbereitschaft der Belegschaft ist sehr gering, was sich mit einer Reihe von Merkmalen erklären läßt, die typisch für ruhige Kohlebetriebe sind. Dazu gehören vor allem die Unterbringung der Arbeiter in Eigenheimen mit Gärten, die für die Versorgung der Familie mit landwirtschaftlichen Produkten genutzt werden, die Existenz freundschaftlicher und oft auch verwandtschaftlicher Beziehungen zwischen den Arbeitern und ein paternalistischer Führungsstil von seiten des Betriebsdirektors.

Der Kohlebetrieb beteiligte sich nicht am "Schienenkrieg". Die Arbeiter entsandten auch keine Delegation zu den regionalen Organisationstreffen. Als Arbeiter eines benachbarten Kohlebetriebes zum Streik aufriefen, reagierte die Unternehmensleitung von "Novokuzneckaja", indem sie die gesamte Belegschaft für sechs Wochen in bezahlten Urlaub schickte. Die Arbeiter, die seit sechs Monaten kein Gehalt erhalten hatten, nahmen die Barauszahlung des Urlaubsgeldes mit Zustimmung auf. Auch die Gewerkschaftsvertretung zeigte keine Bereitschaft, zum Streik aufzurufen. Sie setzte vielmehr auf regelmäßige, informelle Vereinbarungen mit dem Betriebsdirektor.

Im August, als die Arbeiter aus dem Urlaub zurückkehrten, beliefen sich die Rückstände bei der Auszahlung aber immer noch auf vier Monate. Nach Angaben der Buchhaltung des Betriebes lag die tatsächliche Schuld des Unternehmens gegenüber den Arbeiter zwar erheblich niedriger, da Löhne oft in Form von Naturalien oder durch Kredite für den Einkauf von Haushaltsgegenständen usw. teilbezahlt wurden. Die Arbeiter aber betrachteten die nicht-monetären Leistungen als Zusatzvergünstigungen und nicht als Teil der eigentlichen Lohnzahlungen.

Der Kursverfall des Rubel und die folgende Inflation führten dann zu einer drastischen Entwertung der noch ausstehenden Lohnzahlungen. Gleichzeitig begann das neue Schuljahr und die Arbeiter benötigten Bargeld, um die Ausbildung ihrer Kinder zu finanzieren. Während die Beschäftigten umliegender Betriebe jetzt Lohnzahlungen erhielten, erklärte die Betriebsleitung von "Novokuzneckaja", daß keine Mittel für Auszahlungen vorhanden seien. Ende August wuchs deshalb die Unzufriedenheit der Arbeiter von "Novokuzneckaja" und erste Forderungen nach Arbeitsniederlegung wurden laut. Dies war sowohl der Betriebsleitung als auch dem Betriebsrat bekannt.

Am 2. September fuhr dann die erste Schicht nicht ein. Vertreter der Schicht erschienen beim Betriebsrat und diskutierten die Möglichkeit eines Streiks, um ihrer Forderung nach Begleichung der Lohnschulden Nachdruck zu verleihen. Der Betriebsratsvorsitzende verwies auf

Präzedenzfälle, in denen umfangreiche Zahlungsver säumnisse seitens des Arbeitgebers als Rechtfertigung für Arbeitsniederlegungen akzeptiert worden waren. Vor allen Arbeitern der Schicht erschien anschließend der Direktor und beschrieb die finanzielle Lage des Betriebes. Er betonte, daß die Kohlelieferungen des Betriebes in der Regel nicht mit Bargeld, sondern im Rahmen von Bartergeschäften bezahlt würden und deshalb kein Bargeld für Lohnzahlungen vorhanden sei. Die umliegenden Kohlebetriebe hingegen würden höherwertige Koks kohle produzieren, die sich besser absetzen ließe. Gleichzeitig äußerte der Direktor indirekte Drohungen gegen Unruhestifter. Und tatsächlich waren vor einiger Zeit bereits Arbeiter wegen Beteiligung an einem Streik entlassen worden. Da in benachbarten Orten Schächte stillgelegt wurden, hatten Kohlebetriebe keine Probleme, entlassene Arbeiter zu ersetzen.

Nach dem Auftritt des Direktors fuhr die erste Schicht dann doch ein, um die Arbeit aufzunehmen. Sie wurde aber sofort wieder zurückgerufen und frühzeitig in den Feierabend geschickt, um ein Zusammentreffen mit den Arbeitern der zweiten Schicht zu vermeiden. Trotzdem führten auch die Arbeiter der zweiten und dritten Schicht Beratungen über einen Streik durch. Sie versammelten sich vor dem Verwaltungsgebäude des Betriebes.

Nun erschienen die Vorarbeiter und befahlen einzelnen Arbeitern, in die Schächte einzufahren. Sie begründeten diese Maßnahme später im Interview damit, daß die Schächte instandgehalten werden mußten und die Abwesenheit der Arbeiter zu Diebstählen benutzt würde. Die Arbeiter hingegen gewannen den Eindruck, daß die Schwächsten, vor allem Jugendliche und ältere Arbeiter, die sich einen Arbeitsplatzverlust am wenigsten leisten konnten, gezielt an die Arbeit geschickt wurden, um den Widerstand der übrigen zu brechen.

Die Beteiligung staatlicher Organe beschränkte sich auf einen Anruf des stellvertretenden Staatsanwalts der Stadt beim Leiter des Betriebsrats. Nach der Versicherung, daß keine Demonstrationen oder Proteste geplant waren, erfolgte von staatlicher Seite keine Einmischung mehr. Es erschien jedoch noch der Direktor der Holding "Kuzneckugol", der Muttergesellschaft von "Novokuzneckaja". Er unterstützte die kompromißlose Haltung der Betriebsleitung.

Die Arbeiter ließen sich aber trotzdem nicht bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen und forderten neben der Begleichung der Lohnschulden jetzt auch den Rücktritt des Betriebsrats, da dieser ihre Interessen nicht ausreichend vertrete. Nach Gesprächen zwischen den Initiatoren des Streiks und dem Betriebsdirektor wurde beschlossen, den gesetzlich vorgeschriebenen Prozeß zur Meldung und Lösung von Arbeitskonflikten zu ignorieren. Die Betriebsleitung erklärte, daß sie den Streik nicht behindern werde. Sie verlangte jedoch gleichzeitig, daß alle Streikteilnehmer eine Erklärung unterschrieben, daß sie "im Zusammenhang mit der länger andauernden Nichtzahlung der Arbeitslöhne vorübergehend ihre Arbeit niederlegen".

Am nächsten Tag verfaßten etwa 20 Arbeiter, im wesentlichen die Initiatoren der Proteste vom Vortag, eine derartige Erklärung und erschienen nicht zur Arbeit. Die übrigen fuhren in den Schacht ein. Trotzdem wurde die Kohleförderung de facto eingestellt, und es wurden nur Reparaturarbeiten durchgeführt. Gleichzeitig ließ der Betriebsdirektor eine Aufstellung der

Lohnschulden gegenüber den Streikenden anfertigen, die zeigte, daß die Schulden aus einer Reihe von Gründen minimal waren. Jemand hatte einen Kredit erhalten, ein anderer Naturalien.

Der inoffizielle Anführer der Streikenden besaß nach den Berechnungen der Buchhaltungsabteilung sogar Schulden gegenüber dem Unternehmen, da er einen Kredit zum Kauf von Möbeln erhalten hatte. Diese Tatsache benutzten der Betriebsdirektor und der Leiter des Betriebsrats, um ihn zu diskreditieren und später auch zu entlassen, da die Erklärung über die Arbeitsniederlegung wegen des Fehlens von Lohnrückständen in seinem Fall nichtig wäre. Im persönlichen Gespräch teilte ihm der Betriebsratsleiter mit, daß die Gewerkschaft ihn nicht verteidigen würde und er besser selber kündige, um seiner Entlassung aus disziplinarischen Gründen zuvorzukommen. Nach und nach kehrten die übrigen Streikenden innerhalb von sechs Tagen zur Arbeit zurück. Offen ging die Betriebsverwaltung gegen keinen von ihnen vor. Ihnen wurden allerdings nur 17 bis 19 anstelle von 20 bis 22 Arbeitstagen für den Monat September angerechnet.

Betriebsverwaltung und Gewerkschaftsführung waren sich einig in ihrer Bewertung des Streiks als sinnlose Aktion, da die Gelder zur Begleichung der Lohnschulden nach einem festen Terminplan eintrafen und die Auszahlung durch den Streik nicht beschleunigt wurde. Sie waren vielmehr der Ansicht, daß dieser Streik ein Ergebnis von nachlassender Disziplin und fehlender Leitung gewesen sei. Nach Meinung der Arbeiter hingegen war die Aktion erforderlich, um Bereitschaft zum Kampf für die eigenen Rechte zu demonstrieren. Bezeichnend für die wirtschaftliche Lage des Betriebes ist, daß der Streik sich nicht negativ auf das Betriebsergebnis auswirkte.

Die vorliegende Fallstudie zeigt, daß innerhalb eines einzelnen Unternehmens die Betriebsleitung eine stärkere Position besitzt als die Arbeiter und ihre Gewerkschaft. Dies erklärt sich vor allem durch den besseren Informationsstand der Betriebsleitung, durch die Unterstützung von seiten der Muttergesellschaft und durch die Tatsache, daß die Arbeiter gegen formelle und informelle Druckausübung von Seiten ihrer Vorgesetzten kaum geschützt sind. Die Gewerkschaft entwickelte in diesem konkreten Fall keine einheitliche Haltung und konnte die Initiatoren des Streiks nicht unterstützen.

Resümee

Die Ereignisse des Jahres 1998 zeigen, daß die Interessenkonflikte zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in Rußland weiterhin nicht adäquat gelöst werden und bis hin zu riesigen Protestaktionen eskalieren. Die Bergarbeiter spielen bei dieser Entwicklung immer noch eine entscheidende Rolle, obwohl mittlerweile auch Beschäftigte anderer Branchen zu radikalen Protestmaßnahmen greifen.

Ein wesentliches Merkmal der Arbeitskonflikte ist weiterhin ihre Austragung außerhalb der gesetzlich vorgesehenen Formen. Obwohl in den letzten zehn Jahren ein umfassendes gesetzliches Regelwerk zur Regulierung von Arbeitskonflikten entwickelt worden ist, hat sich die rechtliche Situation der Arbeiter de facto wenig verändert. Während es früher keine

Regeln zur Lösung von Arbeitskonflikten gab, gibt es jetzt Regeln, die entweder nicht umsetzbar sind oder ignoriert werden. Arbeitskonflikte haben deshalb weiterhin grundsätzlich den Charakter von Protestaktionen der Arbeiter, die spontan und außerhalb des Regelwerks stattfinden. Der Schritt vom in der Regel wilden Streik zu Blockadeaktionen ist deshalb vergleichsweise klein.

Trotz aller Erfolge bei der Stabilisierung der sozialen Lage und der Einführung einer zentral kontrollierten Ordnung hat Gouverneur Tuleev nichts unternommen, um die Austragung von Arbeitskonflikten in die rechtlich vorgesehenen Bahnen zu lenken. Anfangs bemühte er sich, in den Unternehmen wieder Räte der Arbeiterkollektive einzuführen, die ihn bei der Umsetzung seiner Industriepolitik unterstützen sollten. Die entsprechenden Pläne wurden zwar nicht verwirklicht, aber die Idee als solche ist bezeichnend: Die Arbeitsbeziehungen sollten nicht in gesetzliche Bahnen gelenkt werden, sondern vielmehr endgültig außerhalb des Rechtssystems, in einer dem Gouverneur genehmen Weise, geregelt werden.

Eine den Gesetzen entsprechende Stabilisierung der Arbeitsbeziehungen würde eine verstärkte Verantwortung der Arbeitgeber für Verstöße gegen das Arbeitsrecht bedeuten. Außerdem müßten u.a. Verhandlungsprozesse an Bedeutung gewinnen und Streiks gesetzmäßig und nicht wild durchgeführt werden. Für Tuleev hingegen erschien es attraktiver, zur Regelung von Arbeitskonflikten eine Institution mit unklaren Vollmachten zu schaffen, die von der politischen Führung unterstützt werden sollte und durch die Einfluß auf Betriebsleitungen und Belegschaften genommen werden könnte. Die rechtliche Situation bezüglich der Arbeiterproteste und Arbeitskonflikte sowie der Verhandlungsformen hat sich damit im Vergleich zu sowjetischen Zeiten de facto kaum verändert.

Petr Bizyukov/Inna Donova/Konstantin Burnyshev/Olga Vinokurova

Miners' Protests in the Kuzbass

The Year of the "Railroad War" in Case Studies

Bericht des BIOst Nr. 36/1999

Summary

Introductory Remarks

The present report is concerned with the miners' protests in the Kuzbass, the coal-mining region of Kemerovo oblast. The political role of the miners is an ambivalent one. Initially they fought for the abolition of the Soviet system and thus played the role of a kind of "democratic vanguard" for the reformist politicians surrounding Boris Yeltsin. A few years later, however, they began to protest against the president and the liberal reforms and transferred their support to communist politicians. The report examines the extent of the miners' protests, the form they have taken and their political significance. The most important aspects of the issue are outlined using the methods of qualitative social research.

Findings

1. The crisis in the coal industry had negative consequences not just for the miners but for the entire population of the Kuzbass. One of the distinguishing features of the Kuzbass is that it is very much a one-industry area. After Aman Tuleev became governor of Kemerovo oblast in mid-1997, the reconstruction of the coal industry became a top priority. Right from the start, Tuleev advocated halting pit closures and bringing the coal trade under state control. He planned to achieve this by centralising the coal industry at the regional level. He only became successful in this endeavour, however, following the miners' protests of May 1998. These provided the governor with an opportunity to assume powers of jurisdiction that had previously been assigned to the central government and the local mine directors.
2. The outcome of the various strike actions that have taken place over the past ten years shows that the miners' protests have never been entirely successful. Although agreements were reached and protocols signed, these were followed by protracted legal disputes concerning the practical implementation of the measures agreed upon. The crucial point is that after a short interval the conflict flared up once again assuming ever more extreme forms.
3. A new form of protest staged by the miners was the so-called "war of the railways", in which important railway routes – such as the section of the Transsiberian railway running through the Kuzbass – were blocked. Other similar actions included blocking motorways,

occupying administrative buildings and taking politicians and coal company managers hostage. These actions were initially confined to the local level, but quickly spread, culminating in nation-wide protests, initially in May and later in July and August 1998.

4. The case studies show that the leaders of these protests served primarily as a mouthpiece for a majority of the miners and therefore found it difficult to take independent decisions. Under these circumstances the miners' demands could only be formulated in very simple and radical terms, which made it difficult to hold objective discussions or find compromises. In addition, the miners' protests addressed not only the problems of the mining companies and the mining industry but also included demands for a series of fundamental political changes, including the resignation of the president. The miners' demands thus became so extensive that it was quite impossible to meet them. Nevertheless, the majority of miners were incapable of ordering their demands in terms of priority and practical considerations, but instead expected a blanket fulfilment of all the points on their agenda. When this failed to happen, the ensuing disappointment led to the formulation of even more radical demands.
5. Although the degree of professionalism among those leading the negotiations varied, they proved to be equally ineffective everywhere. The miners had completely lost faith in negotiations and agreements with the state authorities as a means of conflict resolution. Numerous examples had shown that the state was unlikely to implement the agreements in practice, for what it wanted was not to resolve the problems of the coal industry but simply to end the protests.
6. The case studies also reveal how little authority the trade unions have. They had no chance of assuming the leadership of the protest actions or of actively influencing the course of the "railroad war". Instead, their role was reduced chiefly to that of a mouthpiece for the strikers. In only a few cases were the trade unions able to assume a more active role at the local level.
7. The "railroad war" is the logical result of a lack of mechanisms for resolving labour conflicts that would put real responsibility into the hands of both workers and employers. As the blockades showed, this responsibility cannot be confined simply to leading negotiations and honouring agreements but must also take into account the interests of groups not directly involved in the conflict.
8. The relaxation of the conflict in 1999 should not be taken to mean that this is the end of the story. The "miners' wars" in the Kuzbass did not come to an end because a mechanism was found for resolving them but simply because the reason for their outbreak was eliminated. This, however, means that a new wave of spontaneous protest actions will begin as soon as a new reason is found, such as low wages, for instance.